

Antrag KT Sitzung
28.06.2010



Fraktion *Die Linke*-DKP
c/o Werner Bischoff, Grabenstr. 8 -64354
Reinheim

An die Kreisverwaltung
Darmstadt/Dieburg
z. Hd. Herrn Grimm
Jägertorstrasse 207
64276 Darmstadt

Werner Bischoff, Grabenstr. 8
64354 Reinheim

Reinheim, Mai 2010

Betr: Vereinbarung mit der Stadt Darmstadt

Beschlussvorlage :

Die Kreisverwaltung Darmstadt/ Dieburg wird aufgefordert mit den Verantwortlichen der Stadt Darmstadt in Verhandlungen zu treten. Ziel sollte sein, den von der Stadtverordneten Darmstadt am 17.12.2009 gefassten Beschluss, das Berufsschulzentrum Nord mittels einer ÖPP Maßnahme sanieren und erweitern zu lassen, zu revidieren.

Begründung:

Dieses Projekt „Berufsschulzentrum Nord „ wird aktuell mit 55 Mio. € veranschlagt. Auf Grund der mit der Stadt Darmstadt am 9.12.1996 (Vorlage 200-029) getroffenen Schulvereinbarung (Gegenstimme CDU) muss der Landkreis sich mit 25 % (ca. 15,5 Mio. €) an den Investitionen für Zubaumaßnahmen beteiligen. Die Investitionsplanungen zwischen der Stadt Darmstadt und dem Landkreis sollen **f r ü h z e i t i g** abgestimmt werden – so die Vorlage 200-029.

ÖPP Maßnahmen kommen doppelt so teuer wie Eigenrealisierungsmaßnahmen – hierfür gibt es deutschlandweit viele Beispiele. Gerade deswegen sprechen sich alle Präsidenten der Landesrechnungshöfe Deutschlands gegen ÖPP oder PPP –Maßnahmen aus.

Sie lehnen dies auch ab , weil- wie in unserem Fall die Stadt Darmstadt und der Landkreis- sich de kommunalen Körperschaften in wichtigen Fragen der Baugestaltung und der personellen Ausstattung (Reinigungskräfte , Hausmeister) jeglicher Gestaltungsmöglichkeiten berauben.

Die Geheimhaltungspflicht der Verträge mit dem Investor WMP/WEP Projektmanagement GmbH macht dieses Vorhaben für die Stadtverordneten Darmstadt und für den zu 25 % an den Kosten beteiligten Landkreis völlig undurchsichtig. Wie an vielen Beispielen deutlich wurde, bedeutet ÖPP: „

mindere Qualität – enge Räume – Risiken zu Lasten der Stadt Darmstadt und des Landkreises – verborgene Nebenkosten – Forderungsverkäufe der Investoren an Banken (sog. Forfaitierung) – Einredevorzicht – doppelte Zinszahlungen – Subunternehmen, die ihre Beschäftigten ausbeuten und letztlich höhere Kosten als unter Eigenrealisierung.

Diese Nachteile und Risiken müssen auch bei obigem Projekt befürchtet werden. Dies kann nicht im Sinne, des Landkreises liegen. Gerade der Landkreis, der mit seinen Schulbaumaßnahmen verkündete: Mit uns kein PPP- ist in dieser Frage gefordert.

Daher sind Verhandlungen mit der Stadt Darmstadt in dieser Frage – nicht nur in der Frage der Nordostumgehung Darmstadt – dringlich.

Daher bittet die Fraktion DIELINKE./DKP um Zustimmung zu unserem Antrag.

**Walter Hübenbecker
Werner Bischoff
DIELINKE./DKP**